

Antrag A5



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

zur 9. Landesdelegiertenversammlung

Antragsteller:
MIT KV Wesel

Stop für die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge

Die Landesdelegiertentagung möge zur Weiterleitung an die Bundes-MIT und die Landes-CDU Folgendes beschließen:

Die MIT lehnt jedwede Erhöhung der Krankenkassenbeiträge kategorisch ab. Stattdessen sind zur Stabilisierung der Beiträge sämtliche Kostensenkungspotentiale konsequent zu nutzen. Hier seien zu nennen: eine Reduktion des Leistungskataloges der GKV, Die Abschaffung der Erstattungspflicht für sämtliche teuren Scheininnovationen, die Erhöhung der Selbstbeteiligung für offensichtlich unkooperative Patienten sowie die generelle Einführung der Kostenerstattung in der GKV.

Sollten sämtliche Mittel nicht greifen, so ist nach dem Prämienmodell schrittweise auf eine Steuerfinanzierung umzustellen.

Die MIT sieht in diesem Zusammenhang die Einführung des Gesundheitsfonds als wenig geeignet, eine Kostenkontrolle zu erzielen und sieht hier lediglich ein bürokratisches Monstrum.

Begründung:

In den vorliegenden Eckpunkten zur Gesundheitsreform bleibt die Union weit hinter ihren vor der Wahl selbst gesteckten Zielen einer Beitragsreduktion zurück. Diese Entwicklung gipfelt in der völlig ideenlosen Erhöhung der Krankenkassenbeiträge, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusätzlich belastet. Zusammen mit der beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung droht so der beginnende Konjunkturaufschwung vollends abgewürgt zu werden.

Statt weiterer Beitragserhöhung fordert die MIT die schrittweise Umstellung der Krankenversicherung auf die Steuerfinanzierung, so wie auch von der CDU vor der Wahl angekündigt. Die Mittel dafür sind im Bundeshaushalt an anderer Stelle einzusparen

Empfehlungen der Antragskommission:

Die Antragskommission schlägt Annahme bei folgenden Änderungen vor:

26 Änderung Zeile 4 bis 7, ersetze durch:

27 *Hier seien zum Beispiel zu nennen: eine Reduktion des Leistungskataloges der GKV, die Erhöhung der*
28 *Selbstbeteiligung sowie die generelle Einführung der Kostenerstattung in der GKV.*

29

30 Die Antragskommission verweist des Weiteren auf den Beschluss des MIT-Bundesvorstandes
31 „Gesundheit für Deutschland“, der die gesundheitspolitische Ausrichtung der MIT darstellt.